

Pressemitteilung

Hannover, 9. Juli 2026
Nr. 43

Kontakt:
Ulrich Lottmann
Tel.: 0511 879 53 18
mobil: 0172 634 24 66
E-Mail: medien@nlt.de

GKV-Reformgesetz: NLT lehnt Kostenverschiebung zu Lasten der Kommunen ab

„Wir rufen alle Bundestagsabgeordneten aus Niedersachsen auf, morgen im Bundestag der Reform der gesetzlichen Krankenversicherung nicht zuzustimmen. Die niedersächsischen Abgeordneten müssen für eine flächendeckende Krankenhausversorgung in Niedersachsen eintreten! Sie dürfen diesem Kostenverschiebeparkplatz zu Lasten der Kommunen keinesfalls zustimmen“, appellieren der Präsident des Niedersächsischen Landkreistages, Landrat Marco Prietz, und NLT-Vizepräsident Landrat Sven Ambrosy heute gemeinsam in Berlin.

„Die wenigen Nachbesserungen im Laufe der Woche sind keine Lösung dafür, die Versorgung im ländlichen Raum aufrechtzuerhalten. Bei den Krankenhäusern drohen so massive Einsparungen, dass die Versorgung in der Fläche immer mehr gefährdet ist“, erklärt Ambrosy, der zugleich Vizepräsident des Deutschen Landkreistages und Vizepräsident der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft ist: „Der Bund macht keine Reform, sondern organisiert statt zukunftsfähiger Lösungen wieder nur einen Verschiebeparkplatz zu Lasten der Kreishaushalte – zusätzlich zu den Hunderten Millionen Euro, die die Landkreise schon für die Bundesaufgabe Krankenhausbetrieb aufwenden.“

Prietz und Ambrosy rufen zugleich die niedersächsische Landesregierung auf, dem Gesetzespaket im Bundesrat morgen nicht

zuzustimmen und den Vermittlungsausschuss anzurufen. NLT-Präsident Prietz: „Wenn Niedersachsen diesem Paket sehenden Auges zustimmt, dann fordern wir vom Land, uns die mit dem Gesetz verbundenen Mehrkosten im Krankenhausbereich zu ersetzen. Die Kosten des landesgesetzlich geregelten Sicherstellungsauftrages der Landkreise muss künftig das Land tragen, wenn es so eine massive Belastung im Bund mit beschließt.“